



Mali

(République du Mali)

Staatsform: Konstitutionelle Demokratie
Bevölkerung: 13.8 Mio. (2006)

Politische Stabilität: Mali gilt als gelungenes Beispiel einer Demokratisierung in Afrika, dessen Regierung eine Dezentralisierung anstrebt. Dennoch ist Mali eines der ärmsten Länder der Welt und somit auf Entwicklungsgelder sowie die finanzielle Unterstützung von EmmigrantInnen angewiesen.



Quelle: CIA World Factbook

Die ehemalige Kolonie Französisch-Sudan war nach der Unabhängigkeit von 1960 ein Einparteiensstaat, 1968 putschte sich General Moussa Traoré an die Macht, der erst 1991 abgesetzt wurde. Danach kam es in Mali zu demokratischen Reformen. Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2002 verliefen gemäss internationaler und interner Berichterstattung trotz einiger Unregelmässigkeiten insgesamt fair und transparent. Allerdings war die Beteiligung bei der Präsidentschaftswahl von Amadou Toumani Touré mit etwa 30 Prozent sehr gering.

Abgesehen von den Gebieten im Norden Malis, die durch bewaffnete, grenzüberschreitend operierende Gruppierungen erheblich gefährdet sind, kann die Sicherheitslage Malis im allgemeinen als stabil bezeichnet werden. Seit Mai 2006 häufen sich Berichte von Überfälle durch Rebellen im Norden Malis. Besonders betroffen sind die Gebiete nahe der malisch-mauretanischen Grenze und, aufgrund der Instabilität in der benachbarten Elfenbeinküste, die Region Sikasso.

Menschenrechtssituation:

Während in Mali die Menschenrechte im grossen und ganzen respektiert werden, gibt es diverse Misstände zu verzeichnen. Beispielsweise sind Diskriminierung und Gewaltgebrauch in Privatsphäre gegenüber Frauen und die weibliche Genitalverstümmelung in Mali ernsthafte Probleme. Obschon gesetzlich verboten, werden immer wieder von Fälle von Kinderhandel und Kinderarbeit bekannt. Kinder dienen in Landwirtschafts- und Privatsektoren als billige Arbeitskräfte, und in wenigen Fällen auch zur Prostitution. Häufig werden sie auch für Minenarbeit und die Baumwollindustrie eingesetzt. Auch wenn Zwangsarbeit vom Gesetz her strafbar ist, ist Versklavung in Mali ein Thema. Besonders im Norden des Landes stehen verschiedene ethnische Gruppierungen in einem Herrschafts-Bediensteten-Verhältnis, das von Generation zu Generation weitergetragen wird.

Zudem bemängeln Menschenrechtsorganisationen die unzulässige Dauer bei Untersuchungshaft sowie die überfüllten Gefängnisse. Die Haftbedingungen sind schlecht, die Nahrungsmittel- und medizinische Versorgung oftmals problematisch. Gelegentlich kommt es zu willkürlichen Festnahmen



und Verwahrungen durch die Polizei. Gründe dafür sind fehlenden Ressourcen, ungenügende Ausbildung der Polizeikräfte oder Korruption.

Asylgesuche in der Schweiz (Stand: Dezember 2006 / Januar 2007):

Total im Asylprozess 31.03.2007: 36

Total im Verfahren 31.03.2007: 5

Total im Vollzug 31.03.2007: 31

Neue Asylgesuche im Zeitraum Januar – Dezember 2006: 33

Asylgewährungen: 2006 (1), 2005 (2), 2004(0)

Vorläufige Aufnahmen 2006: 7

Negative Entscheide 2006: 15

NEE 2006 : 15

Quellen: Auswärtiges Amt; Bundesamt für Migration, Asylstatistik 2004-2007; EDA; Div. UNHCR-Publikationen; U.S. Department of State, Country Reports on Human Rights Practices 2006.